

Oktober 2007

Die Verfassung der Neufassung Europas

Die EU muss sich jetzt auf einen Reformvertrag einigen, sonst ist es für 2009 zu spät

Spannend wird das, was so unspannend daherkommt: Die Neufassung des EU- und EG-Vertrages, die auf der Arbeitsebene von Rechtsexperten zur Vorbereitung des Gipfels am 18. und 19. Oktober konzipiert wurde. Als Grundlage der Texte dienen die Vereinbarungen der Staats- und Regierungschefs vom 23. Juni 2007.

Es geht dabei um die wichtigste europäische Reform seit 15 Jahren – dem Beschluss über den Euro 1992 – und die fundamentalste europäische Veränderung in 50 Jahren seit der Gründung von EWG und Euratom 1957.

Erstmals soll das gewachsene Gefüge der EU eine umfassende Neujustierung in seinen Formen und Prinzipien erfahren:

1. Es entsteht die einheitliche Rechtspersönlichkeit.
2. Die Grundrechte-Charta wird verbindlich.
3. Man überwindet die Pfeilerstruktur in den Politikbereichen.
4. Das Europäische Parlament wird bei der Gesetzgebung, den Haushaltsbefugnissen und der Wahl des Kommissionspräsidenten deutlich gestärkt.
5. Durch ein Bürgerbegehren wird die partizipative Demokratie in der EU verankert.
6. Mit dem gewählten Ratspräsidenten (zweieinhalb bis fünf Jahre) kommt ein „Außenminister“ ins Amt, der gleichzeitig ein Hoher Vertreter im Rat und der Vizepräsident der Kommission ist.
7. Es gibt weniger Kommissare und eine Begrenzung der Abgeordnetenzahl, was für viele Länder eine Reduzierung ihrer Mitglieder im Europäischen Parlament bedeutet.
8. Mit der „doppelten Mehrheit“ (mind. 55 Prozent der Länder sowie mind. 65 Prozent der Bevölkerungen) werden Entscheidungen im Rat ausgeweitet.

9. Eine klarere Kompetenzordnung bringt auch deutlichere Kriterien für die Abgrenzung der europäischen Zuständigkeiten mit sich.
10. Die nationalen Parlamente erhalten durch die Subsidiaritätskontrolle und die Klagemöglichkeit gegen EU-Rechtsakte eine herausgehobene Rolle.

Dieses Reform-Ergebnis war von zwei Konventen – quasi verfassungsgebenden Gremien mit einer parlamentarischen Dominanz – ab 1999 und der Regierungskonferenz im Jahr 2003 ursprünglich als Verfassungsvertrag auf den Weg gebracht worden. Der Vertrag wurde in der Folge von 20 Parlamenten und in vier Referenden zwischen 2004 und 2006 gebilligt, allerdings 2005 auch durch Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt.

Auf dem EU-Gipfel am 23. Juni 2007 wurde schließlich eine neue Übereinkunft ausgehandelt: Ein Reform-Vertrag, der den ursprünglichen Verfassungscharakter von Legitimierung und Limitierung staatlicher Macht bewahrt, sowie 95 Prozent seiner Inhalte bestätigt, ihn zugleich aber seiner konstitutionellen Prägungen und Symbole entkleidet.

Dieses Zwillingsspaar trägt den schlichten Namen „geänderter EU-Vertrag“ und „geänderter Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften“. Es soll Beitritte weiterer Staaten zur EU möglich und Europa zukunftsfähig machen, d.h. gemeinsames Handeln im 21. Jahrhundert voranbringen. Es muss Wirkungsmacht entfalten und Bestandskraft besitzen, nicht nur für ein paar wenige Jahre, sondern für die vor uns liegenden Dekaden.

Was macht das jetzt so spannend?

Dass auch heute noch niemand vorhersagen kann, ob die Einigung und die Umsetzung gelingen:

- **Großbritannien** reklamiert für sich vorab weitgehende Ausnahmeregelungen (wie bei der Geltung der Grundrechte-Charta, und der Innen- und Justizpolitik)
- **Irland** schließt sich im Innen- und Justizbereich an.

- **Polen** folgt bei der Nichtanwendung der Grundrechte-Charta und akzeptiert weiterhin nicht die „doppelte Mehrheit“ für Rechtsentscheidungen: Das Land will Blockaderegeln behalten.
- **Andere Staaten** warten mit zusätzlichen Wünschen für Änderungen auf, von denen aber nicht klar ist, ob dies auch schließlich eingefordert wird.

Wieso denn das? Es gab bei den Staats- und Regierungschefs (s.o.) doch eine Einigung bis ins kleinste Detail zwischen 27 Ländern.

Weil wir uns immer noch in einer Paternoster-Situation befinden:

Nach oben – hin zu mehr europäischer Gemeinschaft und mehr Mitgliedstaaten und zugleich nach unten – mit wachsenden Kräften, die genau das verhindern wollen.

Deshalb kann es auf dem EU-Gipfel zu einem Showdown kommen, zu einer „Nacht der langen Messer“ oder wie immer man die Dramatik eines Sitzungsmarathons umschreiben will.

Bisher hatten Formelkompromisse immer wieder aufs Neue zu Einigungen geführt – ob sie in allen Staaten auch von einem gemeinsamen Willen getragen werden, ist hingegen zweifelhaft:

Vor uns liegen bis 2009 mindestens 29 Entscheidungsverfahren mit zum Teil mehr als zwei Abstimmungsrunden und mehr in einer Reihe von Mitgliedsländern (Zwei-Kammern-Systeme, Föderalismus). Insgesamt rund 70 Mal ist auf Regierungs- und Parlamentsebene ein „Ja“ gefragt. Dann kommt das Volk:

Ein Referendum (Irland) wird es geben, ein zweites (Dänemark) ist wahrscheinlich, ein drittes (Großbritannien) schwebt als Damoklesschwert darüber. In Spanien, Portugal, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden sind Referenden möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich.

Im Vereinigten Königreich wollen 80 Prozent der Inselbewohner wollen über den Reformvertrag abstimmen, darunter viele – wie viele? – um gegen Europa votieren zu können.

Geben wir den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zur Entscheidung: Lassen wir sie über Europa entscheiden!

Der britische Premier Harold Wilson stand schon 1975 vor genau dieser Frage, als er seine Landsleute nach neuen Verhandlungen mit Brüssel die folgenden Alternativen zur Wahl stellte: *Entweder* ein „Ja“ zur Reform *mit* Großbritannien in der EG *oder* ein „Nein“ und dem Austritt des Landes aus der EG. 67 Prozent stimmten damals „ja“ für Europa.

Jetzt ist es Zeit für Klarheit:

Wir wollen alle Mitgliedstaaten in der EU halten - wir dürfen die EU aber nicht von einzelnen Staaten aufhalten lassen! Deshalb können wir nicht warten - die Globalisierung wartet auch nicht auf uns. Europa muss gestalten wollen und können. Die Alternative lautet: Gemeinsamer Einfluss für Europa oder nationale Irrelevanz jedes Landes.

2009 wird das Europäische Parlament neu gewählt und eine neue Kommission ihre Arbeit aufnehmen. Fast 500 Millionen Menschen auf dem Kontinent erwarten etwas von der EU – die meisten Gutes: Deshalb sind die Zustimmungswerte heute die höchsten seit 1994.

Der US-amerikanische Philosoph Jeremy Rifkin hat es auf den Punkt gebracht: „Wir glauben, für den amerikanischen Traum sterben zu können. Ich glaube, für den europäischen Traum leben zu können.“

Axel Schäfer MdB

Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Vizepräsident der Europäischen Bewegung Deutschland

